

Artenschutz: Alle kommen an einen Tisch

Nabu, Landvolk und Politik verhandeln weiter / Volksbegehren hat Vertrauen gekostet

Von Mirko Bartels



Gisela Wicke vom Nabu (von links), Landwirt Sven Klingemann, Landtagsabgeordneter Sebastian Lechner, Landvolk-Vizepräsident Holger Hennies, Landvolk-Regionschef Volker Hahn und Reinhold Hoffknecht erklären ihren Konsens beim Thema Naturschutz. Foto: Mirko Bartels

Schneeren. Politik, Umweltverbände und Landwirtschaft haben über den sogenannten Niedersächsischen Weg für mehr Artenschutz in den vergangenen Monaten viel beraten. Die Gesetzesvorlage ist nun eingebracht, bis zum Ende dieses Jahres soll darüber entschieden werden. „Mir und meinen Kollegen im Landtag ist es wichtig, festzustellen, ob es für diese Änderungen noch einen Konsens gibt“, sagt Landtagsabgeordneter Sebastian Lechner bei einem Treffen am Montag in Schneeren mit Vertretern vom Landvolk und dem Naturschutzbund (Nabu) auf dem Hof von Landwirt Sven Klingemann.

„Lage nicht besser geworden“

Denn dort zeigen sich viele der Konflikte, die die Beteiligten jetzt bearbeitet haben. Milchbauer Klingemann bewirtschaftet rund 80 Hektar Grünland, um hochwertiges Futter für seine Kühe herzustellen. Insgesamt habe er etwa 450 Tiere auf dem Hof. „Die Lage ist in den vergangenen Jahren ohnehin nicht besser geworden“, sagt der Landwirt. Man sei in Schneeren und Umgebung auf die Veredelung von Produkten wie Mais und Roggen angewiesen, sprich auf die Viehhaltung.

„Die kargen Böden lassen eine andere Art von Bewirtschaftung fast nicht zu“, sagt Klingemann. Nach schlechten Ernten müsse sein Betrieb mittlerweile Futter auch zukaufen. Eine Situation mit der er nicht alleine ist. „Das betrifft ebenso die Kollegen. Nicht nur am Ort“, sagt Klingemann. Die vereinbarten Maßnahmen des Niedersächsischen Wegs, beispielsweise breitere Gewässerrandstreifen ohne Düngung oder mehr Biotop-Verbünde, kosteten zusätzlich etwa drei bis fünf Prozent der Flächen. „Das muss finanziell kompensiert werden, sonst muss ich meine Viehbestände entsprechend reduzieren“, sagt Klingemann. Finanziert werden die Ausgleichszahlungen zum Beispiel über eine Erhöhung der Wasserentnahmegebühr.

Ansehen des Nabu geschädigt

Für Unruhe hat ein von Nabu und den Grünen forciertes Volksbegehren Artenvielfalt gesorgt. „Die Landwirte empfinden das als einen Vertrauensbruch. Es hat dem Ansehen des Nabu bei den Bauern geschadet“, sagt Holger Hennies, Vizepräsident des Landvolks Niedersachsen. Viele der im Begehren geforderten Punkte seien nicht praktikabel, bei anderen würden alle Bauern zu sehr über einen Kamm geschoren. „Wir haben in Niedersachsen eine vielschichtige Landschaft“, sagt Landvolk-Regionschef Volker Hahn. „Was an der Küste funktioniert, muss im Harz noch lange nicht gehen.“ Auch seien für die Berechnung der notwendigen Ausgleichszahlungen andere Werte herangezogen worden, die nach Meinung der Landvolk-Vertreter Hahn und Hennies eine Gefahr für manchen Betrieb darstellen.

Der Kritik von Landwirten und Politik stellte sich in Schneeren Gisela Wicke vom Vorstand des Nabu Niedersachsen. „Ohne die Ankündigung dieses Volksbegehrens wären wir wahrscheinlich bis heute nicht so weit gekommen“, sagt sie. Die Gesellschaft zeige mit diesem Mittel, dass sie den Naturschutz wolle. Man wolle mit diesem Druck auf die Vertragspartner zunächst aufrecht erhalten. „Wenn die Gesetzesvorlage durch ist, werden wir das Volksbegehren einstellen“, sagte Wicke. Ihren Konsens, den Naturschutz weiter vorantreiben zu wollen und zu müssen bestätigten die Gesprächspartner bei dem Treffen in Schneeren unisono. „Entscheidend ist es, zu zeigen, dass man bei solch einem wichtigen Thema alle Beteiligten an einen Tisch bringen kann“, sagt Hahn.